

Philipp Greilinger und Sarah Knoll

Die deutsche Einheit

Internationale Reaktionen aus Sicht der österreichischen Diplomatie¹

I. Einleitung – Die deutsche Wiedervereinigung aus Sicht der österreichischen Diplomatie

Im September 1989 analysierte der österreichische Diplomat Thomas Nowotny in Bezug auf das, wie er es selbst bezeichnete, „Gespenst der deutschen Wiedervereinigung“: „Trotz der Lippenbekenntnisse zum ‚Selbstbestimmungsrecht‘ wünscht heute kein europäischer Staat eine deutsche ‚Wiedervereinigung‘. Es kann aber die Furcht vor einer solchen Wiedervereinigung zu einem sehr destabilisierenden Element der europäischen Politik werden; ohne dennoch eine Wiedervereinigung verhindern zu können.“² Nowotny fand durchwegs deutliche Worte für eine weitverbreitete Position, da sich die internationalen Reaktionen auf die deutsche Frage durchaus divergent gestalteten. Dass die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1989 überhaupt an Relevanz gewann, überraschte auch österreichische Diplomaten.

Zu Beginn des Jahres 1989 sprach der österreichische Gesandte in der Bundesrepublik, Wolfgang Loibl, der deutschen Einheit noch jedwede Dringlichkeit ab: „Obwohl die öffentliche Debatte über die Verein- oder Unvereinbarkeit der politischen Ziele ‚Europäische Union‘ und ‚deutsche Einheit‘ in letzter Zeit wieder etwas in Fahrt gekommen ist [...], bleibt doch klar, daß die Frage der deutschen Einheit keinerlei Aktualität hat (außenpolitisch ohnehin nicht, und innenpolitisch nur beschränkt). Insofern handelt es sich um einen Streit um Kaisers Bart.“³

Dieser Ansicht schlossen sich – folgt man den Ausführungen Nowotnys – der österreichische Botschafter in Ost-Berlin, Franz Wunderbaldinger, und sein Kollege in Bonn, Friedrich Bauer, bezüglich der Haltung der BRD noch im September 1989 an:

1 Der vorliegende Aufsatz ist ein Ergebnis des FWF-Projekts P 26439-G15 „Aktenedition: Österreich und die Deutsche Frage 1987 bis 1990“.

2 Information, Gesandter Thomas Nowotny, Wien, 19. September 1989, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Äußere Angelegenheiten (BMAA), II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/4-II.6/89. Siehe ausführlicher zu den Perzeptionen des „Gespenst[s] der deutschen Wiedervereinigung“ bei Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/1990, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009) 5, 427–452.

3 Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 28. Februar 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.02.02/5-II.1/89.

„Sowohl der Botschafter in Berlin als auch der in Bonn war übereinstimmend davon überzeugt, dass das Gerede nicht ernst zu nehmen sei. Niemand in politischer Verantwortung, meint der österreichische Botschafter in Bonn, würde wirklich eine ‚Wiedervereinigung‘ mit der DDR anstreben. Das Nebeneinander der beiden Staaten würde von praktisch allen akzeptiert. Das maximale und von fast allen politischen Parteien getragene Ziel einer ‚Deutschlandpolitik‘ wäre lediglich, die zwischen diesen beiden Staaten bestehenden Kontakte auf allen Ebenen zu verdichten.“⁴

Thomas Nowotny hingegen befand, dass die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten durchaus an politischer Realität gewann. Er konstatierte zwar auch, dass die „Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung [...] in gewisser Hinsicht überraschend“ kommt, sah jedoch bereits eine veränderte Haltung aufziehen, in der die Wiedervereinigung in Zukunft durchaus auf der politischen Tagesordnung stünde.

„Ob es zu dieser Wiedervereinigung tatsächlich kommt, ist natürlich unsicher. Ausgeschlossen werden kann sie jedenfalls nicht. In beiden deutschen Staaten gibt es Entwicklungen, die eine solche Wiedervereinigung heute jedenfalls wahrscheinlicher machen, als sie es noch vor zwei-drei Jahren gewesen ist. Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte und sollte nicht neutral bzw. neutralisiert sein. Würde aber zumindestens der westliche Teil des wiedervereinigten Deutschlands weiter in der NATO, und das gesamte Deutschland [in] der EG integriert bleiben, dann würde sich daraus aber nicht jene Bedrohung durch einen neu entstandenen militärischen und wirtschaftlich dominierenden Superstaat ergeben, die allgemein befürchtet wird.“⁵

Dass diese Analyse nicht im gesamten Außenministerium auf Zustimmung stieß, verdeutlicht ein Aktenvermerk des Gesandten Ernst Sucharipa mit dem Titel „Deutsche Wiedervereinigung? Zur Gespensterbahnfahrt der Abteilung II.6“.⁶ Sucharipa entgegnet darin, dass die deutsche Einheit nicht Teil der politischen Realität der nahen Zukunft, wie es von Nowotny behauptet wurde, sein werde. „Ein solches Gebilde“ sei in eine „europäische Friedensordnung“ nicht zu integrieren. Darüber hinaus sei die Sowjetunion strikt auf „Bewahrung des territorialen Status Quo“ aus.⁷ Doch auch die Sicht der Sowjetunion zur Einigung sollte sich in den folgenden Monaten in Anbetracht der international veränderten Lage und sich überschlagenden Ereignissen wandeln.⁸

Die Haltung der österreichischen Diplomaten war folglich ähnlich divergent wie die internationalen Reaktionen auf den deutschen Einigungsprozess.

4 Information, Gesandter Thomas Nowotny, Wien, 19. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/4-II.6/89.

5 Information, Gesandter Thomas Nowotny, Wien, 19. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/4-II.6/89.

6 Abteilung II.6: Grundsatzfragen und Europarat.

7 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien 20. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/5-II.3/89.

8 Siehe dazu auch den Beitrag von Andreas Hilger in diesem Band.

Der folgende Beitrag nimmt nun die Reaktionen und Perzeptionen zum deutschen Einigungsprozess aus Sicht der österreichischen Diplomatie in den Blick. Der analysierte Zeitraum umfasst dabei die Zeitspanne vom Fall der Berliner Mauer im November 1989 bis zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier Vertrages im September 1990. Es wird auf die Positionen einiger westeuropäischer Staaten, der USA, Kanadas und Israels sowie der Staaten des Warschauer Paktes und insbesondere der Sowjetunion eingegangen.

II. Die Positionen der westeuropäischen Staaten

Insbesondere Frankreich⁹ und Großbritannien¹⁰ bekannten sich zwar grundsätzlich zum Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung, als diese jedoch, insbesondere seit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, wieder auf die Tagesordnung der internationalen Politik drängte, reagierte man mit Ressentiments und bisweilen Ablehnung. Bereits am 10. November 1989 fasste der Gesandte Johann Plattner im österreichischen Außenministerium die Reaktionen der europäischen Staaten zusammen. Für Frankreich und insbesondere zur Position Präsident François Mitterrands hielt er fest, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein legitimes Anliegen des deutschen Volkes sei. Diese Frage betreffe aber auch die vier Siegermächte und der Stabilität in Europa müsse Vorrang gegeben werden.¹¹ Generell reagierte Frankreich zunächst zurückhaltend, geradezu skeptisch auf die Umbrüche in Osteuropa, wie der österreichische Botschafter in Paris Wolfgang Schallenberg analysierte:

„Das in Frankreich zu hörende Leitmotiv in den Reaktionen auf die Umwälzungen in Osteuropa ist, dass nur eine starke und weiter ausgebauten europäischen Gemeinschaft die Grundlagen für eine Unterstützung der osteuropäischen Reformbewegungen und für eine friedliche Neustrukturierung Europas sein kann. Das klingt schon fast wie eine Beschwörungsformel, mit welcher man die Angst vor zukünftigen Entwicklungen bannen will. Denn man hat hier Sorgen, auch wenn das die offiziellen Stimmen bestreiten und trotz aller Befriedigung über den Aufbruch zu Freiheit und Demokratie in [den] Oststaaten. [...] Eine Wiedervereinigung Deutschlands freut hier niemanden wirklich und man will sie in die ferne Zukunft verbannen.“¹²

Frankreichs Strategie schien es zu sein, die deutsche Wiedervereinigung zumindest innerhalb einer ausgebauten europäischen Gemeinschaft stattfinden zu lassen, sofern sie schon nicht verhindert werden konnte. „Paris will die Bun-

9 Siehe dazu auch den Beitrag von Tilo Schabert in diesem Band.

10 Siehe dazu auch den Beitrag von Hinnerk Meyer in diesem Band.

11 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/8-II.1/89.

12 Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.02.02/11-II.1/89.

desrepublik weiterhin durch die europäische Einigung und bilaterale Zusammenarbeit so fest als möglich einbinden, damit diese Bindung auch im Falle einer Wiedervereinigung unauflöslich bleibt. Das Misstrauen gegenüber den Deutschen sitze bei aller Freundschaft noch tief und die Besorgnisse vor der Hegemonie eines gemeinsamen mit Ostdeutschland noch stärkeren Deutschland sind spürbar.“¹³

Auf eine Einbindung in die gesamteuropäische Entwicklung zur Lösung des Problems setzte auch Belgien.¹⁴ Der damalige belgische Außenminister Mark Eyskens empfand für den „Wiedervereinigungswunsch des deutschen Volkes Sympathie“, wie er dies ausdrückte.¹⁵ Auch nach der Vorstellung des Zehn-Punkte-Programms Bundeskanzler Helmut Kohls am 28. November 1989 hielt Eyskens, laut der Berichterstattung von Botschafter Heinz Weinberger, am Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung fest, bevorzugte aber ein Modell der Föderation.¹⁶

Allgemein trug die Verkündung von Kohls Zehn-Punkte-Programm innerhalb der internationalen Gemeinschaft nicht dazu bei, etwaige Vorbehalte gegenüber einer Wiedervereinigung zu entkräften. Dies fasste Gesandter Johann Plattner in seinen Informationen für den österreichischen Außenminister Alois Mock am 7. Dezember 1989 treffend zusammen: „Der Charakter der Reaktionen der westlichen Staaten auf das Programm Kohls ist von Zurückhaltung, einer gewissen Skepsis und gelegentlich einem Unterton des Unbehagens gezeichnet.“ Frankreich betonte in diesem Zusammenhang weiterhin die Notwendigkeit, die deutsche Frage im Kontext der Europäischen Gemeinschaft zu betrachten.¹⁷

Auf eine Einbettung der deutschen Frage in einen europäischen Gesamtkontext beziehungsweise in die EG, setzten auch die Niederlande¹⁸ und Dänemark.¹⁹ Folgt man den Ausführungen der österreichischen Botschaft in Kopenhagen, so betrachtete Dänemark das Zehn-Punkte-Programm zudem mehr als Vision, denn als konkreten Plan.²⁰ Die Niederlande wiederum hegten auf Grund der Erfahrungen, die sie im Zweiten Weltkrieg als ein vom Deutschen Reich besetztes Land gemacht hatten Skepsis gegenüber einem vereinigten Deutsch-

13 Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.02.02/11-II.1/89.

14 Siehe dazu auch den Beitrag von Steven Van Hecke in diesem Band.

15 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/8-II.1/89.

16 Botschafter Heinz Weinberger an BMAA, Brüssel, 1. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/27-II.1/89.

17 Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Johann Plattner, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/41-II.1/89.

18 Siehe dazu auch den Beitrag von Jan van der Harst und Anjo Harryvan in diesem Band.

19 Siehe dazu auch den Beitrag von Thorsten Borring Olesen und Niels Wium Olesen in diesem Band.

20 Botschaftssekretärin Eva Koprolin an BMAA, Kopenhagen, 6. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/42-II.1/89.

land.²¹ Diese Bedenken teilte auch Luxemburg,²² wie Botschafter Klaus Ziegler analysierte: „Wesentlich für die luxemburgische Haltung ist aber auch die immer wieder zu beobachtende Sensibilität der Luxemburger in Bezug auf Deutschland, die auf das besonders harte Schicksal des Landes und seiner Menschen vor allem im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist.“²³ In Anbetracht der Reaktionen westeuropäischer Staaten im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs sei auch auf die Haltung Griechenlands verwiesen.²⁴ Man könnte meinen, die Erfahrungen der deutschen Besatzung würden eine eher skeptische, bisweilen abwartende Haltung des Landes provozieren. Der österreichische Botschafter in Athen, Hellmuth Strasser, schlussfolgerte, dass insbesondere die wirtschaftlich und politisch schwierige Situation – 1989/90 war innenpolitisch von mehreren Regierungsumbildungen und Neuwahlen sowie einer wirtschaftlich angespannten Situation gekennzeichnet – die griechische Aufmerksamkeit vom deutschen Einigungsprozesse ablenkte.

„Das Fehlen griechischer Reaktionen zur Wiedervereinigungsproblematik ist nicht nur mit dem Vorrang anderer Probleme zu erklären, sondern auch damit, dass man in Griechenland aus geopolitischen und historischen Gründen einem Deutschland mit den Grenzen von 1937 durchaus keine derartigen Aversionen entgegenbringt, wie dies im Lichte der Besetzung des Landes durch das Deutsche Reich im Jahre 1941 zu erwarten wäre. Selbst während des Zweiten Weltkriegs hat sich Griechenland in seiner Existenz weniger durch das Deutsche Reich, als durch Großbulgarische Ambitionen (Abtretung Westthakiens an Bulgarien) bedroht gefühlt.“²⁵

Die griechischen Medien, so der Botschafter weiter, gehen davon aus, dass „die Wiedervereinigung mit Sicherheit kommen werde“. Auch Italien stand einer möglichen Vereinigung beider deutscher Staaten skeptisch gegenüber.²⁶ Zwar anerkannte man die Aktualität der Frage, betonte aber dennoch, dass die weiteren Entwicklungen im Rahmen der Helsinki-Schlussakte, also im Kontext von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ablaufen müssten.²⁷ Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti fand jedoch noch deutlichere Worte und betonte, wie es der österreichische Botschafter Friedrich Frölichsthal an das österreichische Außenministerium zusammenfassend einberichtete: „Auch Ministerpräsident Andreotti hatte noch gestern grundsätzlich die Befürchtung der

21 Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Johann Plattner, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/41-II.1/89.

22 Siehe dazu auch den Beitrag von Siebo M. H. Janssen in diesem Band.

23 Botschafter Klaus Ziegler an BMAA, Luxemburg, 15. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/7-II.1/90.

24 Siehe dazu auch den Beitrag von Andreas Stergiou in diesem Band.

25 Botschafter Hellmuth Strasser an BMAA, Athen, 1. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/32-II.2/89.

26 Siehe dazu auch den Beitrag von Deborah Cuccia in diesem Band.

27 Botschafter Friedrich Frölichsthal an BMAA, Rom, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/46-II.1/89.

Bedrohung durch den deutschen Revanchismus geteilt und gemeint für die Stabilität Europas ‚seien zwei Staaten in einer deutschen Nation‘ unerlässlich.“²⁸

Großbritannien und hier insbesondere Premierministerin Margaret Thatcher vertraten die Ansicht, dass die deutsche Frage und eine mögliche Wiedervereinigung in den nächsten Jahren nicht von Aktualität seien.²⁹ Öffentliche Meinung und auch politische Kreise standen einer möglichen Wiedervereinigung grundsätzlich ablehnend gegenüber, eine Einstellung, die auch dem österreichischen Botschafter Walter Magrutsch nicht verborgen blieb: „Es steht außer Frage, dass man in der hiesigen öffentlichen Meinung, aber auch in der breiten britischen Bevölkerung, den jüngsten Entwicklungen in der DDR und in den deutsch-deutschen Beziehungen im allgemeinen – wesentlich mehr als in Frankreich oder vielleicht sogar im Gegensatz dazu – mit großer Reserviertheit, ja Ablehnung gegenübersteht.“ Des Weiteren schlussfolgerte Magrutsch: „Je distanzierter man sich in diesen Tagen in London in der ‚deutschen Frage‘ verhält, desto mehr wird dies von britischer Seite geschätzt.“ Die Lösung der Problematik müsse „unter Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa“ zu geeigneter Zeit erfolgen. Letztlich sei es eine gesamteuropäische Frage, so der nach Wien gemeldete Tenor der britischen Sichtweise.³⁰ Für Großbritannien war die Frage der deutschen Wiedervereinigung „zweifelloso eine der schwierigsten“.

„Sie stellt das bisherige Bild des Nachkriegseuropa in Frage, droht, den langjährigen sicherheitspolitischen Rahmen zu sprengen und dadurch nicht nur das mühsame austarierte Gleichgewicht in Europa, sondern auch die Verankerungen für einen kontrollierten Ablauf der revolutionären Reformen in Osteuropa herauszureißen. Dies erklärt zwar, dass man britischerseits sehr vorsichtig reagierte, nicht jedoch die Halsstarrigkeit, mit der die Regierung versuchte, die Deutschlandfrage zu ignorieren. Lange Zeit war für Frau Thatcher die Frage der Wiedervereinigung einfach ‚not on the agenda‘,

wie der österreichische Gesandte in London, Werner Ehrlich, am 31. Jänner 1990 ausführte. Zur Haltung von Großbritannien und insbesondere Premierministerin Thatcher bemerkte er weiters:

„Eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands würde demnach ‚upset the economic balance of the European Community‘ und dürfte auch nur so schnell erfolgen, dass andere Verpflichtungen berücksichtigt werden können ‚otherwise that could destabilize everything‘, was, ‚most bitterly unfair‘ gegenüber Präsident Gorbatschow wäre. Der moralische Unterton wird dadurch verstärkt, dass die BRD indirekt dazu aufgefordert wird, ihre eigenen und nationalistischen Ziele der ‚weiteren Sicht‘ der europäischen

28 Botschafter Friedrich Frölichsthal an BMAA, Rom, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/46-II.1/89.

29 Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Johann Plattner, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/41-II.1/89. Siehe zur britischen Wahrnehmung auch den Beitrag von Hinnerk Meyer in diesem Band.

30 Botschafter Walter Magrutsch an BMAA, London, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/34-II.1/89.

Bedürfnisse unterzuordnen. [...] Diese Haltung der britischen Premierministerin ist zum Teil der Reflex ihrer singulären Sicht, wonach sie selbst als Ausgangspunkt der ‚wahren Weltrevolution‘, nämlich des Thatcherismus und auch der Entwicklungen in Osteuropa (!), eine geradezu persönliche Verantwortung für diesen Reformprozess besitzt, der nicht durch die ‚Selbstsucht‘ der Deutschen gefährdet werden darf.“³¹

Folgt man den Analysen der österreichischen Diplomaten, begannen die Ressentiments auf europäischer Ebene gegen eine mögliche Einigung erst Mitte Jänner 1990 langsam aufzubrechen. Der österreichische Geschäftsträger in Moskau Martin Vukovich fasste am 22. Jänner 1990 die Situation folgendermaßen zusammen:

„Kaum ein KSZE-Teilnehmerstaat glaubt heute noch, dass ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten aufgehalten werden kann. Insbesondere Polen, aber auch viele andere ost- und westeuropäischen Länder verlangen jedoch in diesem Zusammenhang entsprechende Garantien dafür, dass ein vereintes Deutschland auf dem Territorium der BRD und der DDR die heutigen Grenzen zu den übrigen europäischen Staaten (insbesondere die Oder-Neiße Grenze) nicht in Frage stellen wird.“³²

Ein Haltungswandel zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der sich in den meisten westeuropäischen Staaten zu diesem Zeitpunkt bemerkbar machte, zeichnete sich in dieser Phase dann auch in Großbritannien ab. Dies analysierte der österreichische Botschafter in London, Walter Magrutsch, am Beispiel von zwei Erklärungen Margaret Thatchers vor dem britischen Parlament am 6. beziehungsweise 8. Februar 1990:

„Trotz des üblichen Vorbehalts bezüglich Sicherheit und Stabilität in Mitteleuropa stellt diese Erklärung insofern einen beachtlichen Wandel dar, als Mrs. Thatcher nicht nur von der Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands ausgeht, sondern darüber hinaus auch erheblich vorsichtiger formuliert, indem sie die Wahlen [gemeint sind die Wahlen in der DDR im März 1990] als ‚Grundsatzbeschluss‘ zur Wiedervereinigung ansieht, [...] der daher nicht mehr, wie bisher vertreten, der Klärung der Konsequenzen für die NATO, die KSZE und das Berlinabkommen nachfolgt, sondern vorangeht. Auch zeitlich ist nicht mehr von einer ‚lengthy transition period‘, sondern nur noch von einer ‚transition stage‘ die Rede.“³³

Vor dem Hintergrund der Zustimmung Gorbatschows, der beim Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 versicherte, dass die Deutschen den Zeitpunkt und Weg der Einigung selbstbestimmen könnten, stellten

31 Gesandte Werner Ehrlich an BMAA, London, 31. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/16-II.1/90.

32 Information, Botschafter Martin Vukovich, Wien, 22. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 801.00/5-II.7/90.

33 Botschafter Walter Magrutsch und Gesandter Helmut Ehrlich an BMAA, London, 13. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ.22.17.01/24-II.1/90.

sich die europäischen Haltungen zur Wiedervereinigung im Februar 1990, nach Ansicht des Gesandten Johann Plattner vom 21. Februar 1990, folgendermaßen dar: Großbritannien und Frankreich bestanden nunmehr auf Mitsprache im deutschen Einigungsprozess und lehnten, im Hinblick auf die Frage nach dem Verbleib in der NATO, die Neutralisierung eines vereinigten Deutschland ab. Bedenken hegten beide Länder insbesondere bezüglich eines möglichen Übergewichts Deutschlands in Europa. Aus diesem Grund setzte Frankreich auch weiterhin auf eine verstärkte Einbindung Deutschlands in die Europäischen Gemeinschaften und die Schaffung einer EG-Währungsunion. Frankreichs durchaus skeptische Haltung und der Wunsch nach einer Stärkung der EG im Hinblick auf die Wiedervereinigung riefen jedoch auch Kritiker auf den Plan, die darauf hinwiesen, dass die französische Hauptsorge darin liege, dass sich der politische Schwerpunkt Europas nach Osten verlagern könnte und Frankreich „eine zweitrangige, periphere Rolle“ zukommen werde.³⁴

Ein anderes EG-Gründungsmitglied, nämlich Italien, das sich noch im November 1989 insbesondere in der Person von Ministerpräsident Andreotti deutlich für zwei deutsche Staaten als Garantie für die Sicherheit in Europa ausgesprochen hatte, schlug im Februar 1990 einen anderen außenpolitischen Weg ein. Dieser veranlasste die österreichische Botschaft in Rom zu folgender Bewertung an das Außenministerium in Wien: „Italien unterstütze die Wiedervereinigung Deutschlands voll“. Ausschlaggebend für diese Haltungsänderung war insbesondere der Blitzbesuch von Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Italien am 21. Februar 1990, bei dem er Italien die „Gelegenheit zu einer Mitsprache in der Frage der deutschen Wiedervereinigung“ zusagte.³⁵

Auch die britische Sicht auf den laufenden Einigungsprozess hatte sich im Zuge des Zwei-plus-Vier Prozess bis Juli 1990 deutlich gewandelt und wurde von Botschafter Magrutsch und Botschaftssekretär René Pollitzer mit den Worten „smooth“ und „productive“ kommentiert, alle politischen Probleme seien geklärt, der Rest wäre nur mehr „Arbeit für die Juristen“.³⁶

III. Die Position der USA, Kanadas und Israels

Die USA standen einer möglichen Wiedervereinigung aus Sicht der österreichischen Diplomatie weitaus positiver gegenüber als viele westeuropäische Staaten.³⁷ Wichtig war den Vereinigten Staaten insbesondere der Verbleib Gesamtdeutschlands im westlichen Bündnissystem. Präsident George H. W. Bush sprach

34 Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 13. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/71-II.3/90.

35 Gesandter Walter Hagg an BMAA, Rom, 21. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/45-II.1/90.

36 Botschafter Walter Magrutsch und Botschaftssekretär René Pollitzer an BMAA, London, 20. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.02/180–4.1/90.

37 Siehe dazu auch den Beitrag von Christian F. Ostermann in diesem Band.

sich bei seinem Treffen mit Generalsekretär Michail Gorbatschow auf Malta am 2. und 3. Dezember 1989 für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aus, jedoch unter dem Hinweis, dass die Interessen der NATO-Bündnispartner berücksichtigt werden müssten. Auf einer festen Einbindung eines vereinigten Deutschlands in die NATO beharrten die Vereinigten Staaten auch noch im März 1990. Die Angst vor einem Übergewicht Deutschlands – wie sie einige Staaten hegten – teilten sie nicht. Diese Haltung blieb auch den österreichischen Diplomaten nicht verborgen, ebenso wenig wie die zukünftigen Verhandlungen hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands.³⁸ Der österreichische Botschafter in Washington, Friedrich Hoess, meldete hierzu im Zuge seiner Berichterstattung über das von 30. Mai bis 3. Juni 1990 stattfindende Treffen zwischen Bush und Gorbatschow nach Wien: „Es gehe darum, Deutschland in die Lage zu versetzen, beim Neubau Europas als Anker der Demokratie, Freiheit und Stabilität mitzuhelfen. Dies sei am besten durch eine integrierte NATO-Mitgliedschaft gewährleistet.“³⁹ Dies habe Präsident Bush Generalsekretär Gorbatschow zu vermitteln versucht. Zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zog der österreichische Gesandte Philipp Hoyos folgenden Schluss: „Auch ohne Austritt aus der NATO werde Deutschland mit einem starken Einfluss der ehemaligen DDR eine aus den bisherigen Blocksystemen losgelöste Zwischenstellung einnehmen, auch wenn dies die führenden westlichen Politiker nicht wahrhaben wollten.“⁴⁰ Der damaligen Einschätzung der österreichischen Diplomatie wäre entgegenzuhalten, dass es letztendlich trotz aller Bedenken, nicht zu einer derartigen „Zwitterstellung“ des wiedervereinigten Deutschland gekommen ist.

Nach der erzielten Einigung zwischen Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatschow bei den Gesprächen in Moskau beziehungsweise Archys am 15. und 16. Juli 1990 zeigte man sich in Washington zufrieden. Die persönliche Einschätzung des österreichischen Diplomaten Friedrich Hoess hierzu lautet demgemäß: „Demnach sei man mit dem bisher bekanntgewordenen Inhalt der Einigung einverstanden. Man hätte es aber vorgezogen, bei den entscheidenden Gesprächen Mitredner gewesen zu sein, weil dies dem tatsächlichen Anteil des amerikanischen Präsidenten am Zustandekommen der Einigung [...] besser entsprochen hätte.“⁴¹

Neben den USA vertrat auch Kanada offiziell eine durchaus positive Haltung zur deutschen Wiedervereinigung. Einer friedlichen Einigung, unter Berücksichtigung des Rechtes auf Selbstbestimmung und des Helsinki-Systems, wollte man sich nicht entgegenstellen. Der österreichische Botschafter in Ottawa, Kurt

38 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 21. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/35-II.1/90.

39 Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 6. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.02/8-II.9/90.

40 Gesandter Philipp Hoyos an BMAA, Washington, 3. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/127-II.1/90.

41 Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 19. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.03/3-II.9/90.

Herndl, kam jedoch zu dem Schluss, dass Kanada vielmehr eine abwartende Haltung einnehme. „Kanada will alles vermeiden, was die SU und ihre derzeitige Entwicklung destabilisieren könnte und ist auf jeden Fall dagegen, dass die Grenzziehung in Europa in irgendeiner Form in Frage gestellt werde. Letztlich handle es sich aber um ein europäisches Problem.“⁴²

Dass auf internationaler Ebene die Reaktionen aber auch weitaus drastischer ausfallen konnten, unterstreicht das Beispiel Israels. Der damalige Vizeaußenminister Benjamin Netanjahu betonte anlässlich einer Knesset-Debatte, wie vom damaligen Botschafter Otto Pleinert nach Wien gemeldet wurde, dass „Israel und das jüdische Volk [...] nicht die ernste Gefahr ignorieren [könnten], die mit der Wiedervereinigung verbunden wäre, wenn sich Deutschland sodann anschicken würde, zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts die Welt zu zerstören“.⁴³ Die historisch bedingten Befürchtungen Israels unterstrichen einmal mehr die bedeutsame außenpolitische Komponente der deutschen Frage, die eben nicht nur die beiden deutschen Staaten selbst, sondern die internationale Staatengemeinschaft betraf.

IV. Die Positionen der Staaten des Warschauer Pakts

Waren divergierende Positionen bezüglich der deutschen Frage in Westeuropa feststellbar, so galt dies auch für die Staaten des Warschauer Pakts. Gesandter Ernst Sucharipa analysierte im Dezember 1989 eine deutliche Uneinigkeit hinsichtlich der Haltung zur deutschen Vereinigung. Dies war, so führt es auch Sucharipa aus, den verschiedenen politischen Entwicklungen und unterschiedlich fortgeschrittenen Umbruchprozessen in den jeweiligen Ländern geschuldet. „Die Reaktionen der WP-Staaten spiegeln die unterschiedlichen Entwicklungen der letzten Zeit deutlich wider. Parallelen bestehen kaum. Die größte Gemeinsamkeit bildet (noch?) die bekannte Betrachtung der Schlussakte von Helsinki und des gesamten KSZE-Prozesses als Festschreibung der ‚historischen Realitäten‘, wie sie als Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden sind.“⁴⁴

Vor allem Rumänien lehnte das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ab und beharrte auf der Existenz zweier deutscher Staaten. Rumänien, das sich zu diesem Zeitpunkt selbst inmitten einer blutigen Revolution, die zum Sturz des Langzeitdiktators Nicolae Ceaușescu und dem Ende der kommunistischen Herrschaft führte, befand, war an keiner Veränderung interessiert, die das herrschende System gefährden hätte können.

42 Botschafter Kurt Herndl an BMAA, Ottawa, 1. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/39-II.9/89.

43 Botschafter Otto Pleinert an BMAA, Tel Aviv, 29. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/28-II.1/89.

44 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 21. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/56-II.3/89.

Eine weitaus skeptischere, vorsichtig ablehnende Haltung zur deutschen Einheit nahm Polen ein – eine Position, die sich wohl mit der – aus polnischer Perspektive – unzulänglich erfolgten Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik erklären lässt.⁴⁵ Der österreichische Botschafter in Warschau, Andreas Somogyi, folgerte hierzu:

„Aus den bisher einberichteten polnischen Erklärungen geht eindeutig hervor, dass die gesamte politische Landschaft des Landes wegen der nunmehr möglichen deutschen Wiedervereinigung, aber v. a. auch deshalb, weil die BRD hinsichtlich der polnischen Westgrenze eine ‚zweideutige Haltung‘ (so lautet die polnische Formulierung) einnimmt, besorgt ist. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung bzw. der polnischen Westgrenzen wurde auch von verschiedenen Gesprächspartnern, mit denen der Gefertigte im Zuge seiner Abschiedsbesuche zusammentraf, zur Sprache gebracht. Überall drang Besorgnis durch.“⁴⁶

Zudem berichtete Botschafter Gerhard Wagner im Februar 1990: „Die Rasanzen der Entwicklung bereitet der polnischen Seite zusätzlich Schwierigkeiten; der Frage der Vereinigung war man hier immer mit Unbehagen und Unruhe begegnet. [...] Natürlich fürchtet die polnische Regierung auch, dass die Vereinigung die wirtschaftliche und politische Kraft der BRD so sehr in Anspruch nehmen wird, dass für Polen nur wenig der erwarteten Hilfe übrig bleibt.“⁴⁷

Neben allen Vorbehalten und Befürchtungen stellte eine endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze im außenpolitischen Kontext des deutschen Wiedervereinigungsprozesses einen entscheidenden Faktor dar, der gelöst werden musste. Das polnische Drängen – mit Unterstützung der Sowjetunion – führte zu einer Einbindung polnischer Vertreter in die Grenzfrage bei den Zweipus-Vier Ministertreffen am 17. Juli 1990, wobei es zu keiner Beteiligung Polens beim Tagesordnungspunkt Sicherheitsfragen kommen sollte, da daran „auch andere Nachbarn gleichberechtigt interessiert wären und Warschau diesbezüglich nicht privilegiert werden könne“.⁴⁸ Die Ansichten über den Zeitpunkt einer vertraglichen Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage gingen dabei stark auseinander und spießten sich nicht zuletzt an der Frage, ob ein solches Abkommen vor oder nach einer deutschen Wiedervereinigung unterzeichnet werden sollte. Nicht zuletzt die Unterstützung des polnischen Standpunktes durch die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich drängte die Bundesrepublik zu einer gleichlautenden Erklärung von Bundestag und Volkskammer vom 21. Juni 1990, in der die Unverletzlichkeit der Grenzen gegenüber Polen fest-

45 Siehe dazu auch den Beitrag von Dominik Pick in diesem Band.

46 Botschafter Andreas Somogyi an BMAA, Warschau, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/61-II.3/89.

47 Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 19. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/46-II.3/90.

48 Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 8. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.02/129-II.1/90.

gehalten wurde. Der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki bezeichnete beim offiziellen Besuch des Bundeskanzlers Vranitzky in Polen die deutsch-deutschen Erklärungen diesem gegenüber als „einen bedeutenden Schritt“. Die österreichischen Diplomaten in Warschau berichteten dazu nach Wien: „Polen wünsche jedoch einen Vertrag, wobei man noch vor der Vereinigung zu Vereinbarungen kommen sollte. Eine Neutralität Deutschlands betrachte er [Premierminister Mazowiecki] als nicht realistisch, ja sogar gefährlich.“⁴⁹

Besorgt war auch die Tschechoslowakei.⁵⁰ Insbesondere nach der Verkündung des Zehn-Punkte-Programms Bundeskanzler Kohls war man seitens der Prager-Führung um die Stabilität und Sicherheit in Europa besorgt.⁵¹ Außenpolitisch hielt man am Bestehen von zwei deutschen Staaten fest. Der österreichische Gesandte in Prag, Wolfgang Paul, stufte dies als die überwiegende Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung ein.⁵² Im voranschreitenden Wiedervereinigungsprozess sprach man sich in der Tschechoslowakei gegen eine Neutralität Deutschlands aus, da man dies in Prag als eine „potenziell viel größere Gefahr“ ansah.⁵³ „Ein neutrales Deutschland liege in niemandes Interesse: Da Neutralität im Spannungsfeld anderer Systeme stehe, könnte ein geeintes neutrales Deutschland ein schwankender Instabilitätsfaktor werden (weder Polen noch die ČSSR wollten z. B. derzeit ein neutrales Deutschland)“, so die zusammenfassende Analyse des österreichischen Gesandten Wolfgang Loibl in Bonn.⁵⁴

Damit war man auf einer Linie mit der Haltung Polens, aber widersprach jener der Sowjetunion, die insbesondere auf den NATO-Austritt pochte. „Für die Verbündeten der SU ergeben sich aus einer NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschlands keinerlei Probleme“, wie es Botschafter Karl Peterlik als Ergebnis eines Treffens der Warschauer Pakt Staaten in Prag am 17. März 1990 analysierte.⁵⁵ Die Lösung der deutschen Frage müsse in einen gesamteuropäischen Prozess eingebettet werden. Die Auflösung der Militärblocke wurde durchaus auch von Präsident Václav Havel als Ziel formuliert.⁵⁶

49 Resümeeprotokoll des Gesprächs des HBK mit PM Mazowiecki anlässlich seines offiziellen Besuchs in Warschau (5.7.1990), Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 13. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ 518.01.01/21-II.3/90.

50 Siehe dazu auch den Beitrag von Miroslav Kunštát in diesem Band.

51 Botschafter Karl Peterlik an BMAA, Prag, 1. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/71-II.3/89.

52 Gesandter Wolfgang Paul an BMAA, Prag, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/35-II.1/89.

53 Botschafter Karl Peterlik an BMAA, Prag, 19. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/84-II.3/90.

54 Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 9. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/191-II.1/90.

55 Botschafter Karl Peterlik an BMAA, Prag, 19. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/84-II.3/90.

56 Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 6. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 35.01.01/8-II.3/90.

Eine wesentlich liberalere Haltung gegenüber der deutschen Frage konstatierte Sucharipa in Bulgarien und Ungarn.⁵⁷ In beiden Ländern war Ende 1989 der politische Umbruchprozess bereits fortgeschritten. Das neue politische Denken in Bulgarien, so der österreichische Botschafter in Sofia Manfred Kiepach, beruhe auf der Grundlage, dass diese Frage eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten sei, die Wiedervereinigungsfrage sich jedoch aus Sicht seiner bulgarischen Gesprächspartner „in keinem aktuellen Stadium befinde“. Sie vermieden jedoch explizit jede Formulierung, die einer Wiedervereinigung negativ gegenüber stehen würde.⁵⁸ Ungarn befürwortete spätestens im Juni 1990 den Vollzug der deutschen Einigung.⁵⁹ „Ungarn habe sich eindeutig auf eine Unterstützung der deutschen Einheit festgelegt, sowohl aus prinzipiell juristischer Sicht, aber auch weil es (dank Österreichs) keine direkten Grenzen Ungarns zu Deutschland gebe (hier liege der Unterschied zu Polen). Ungarn ist aber auch darüberhinaus nicht besorgt, weil das neue Deutschland eine demokratische Basis haben werde“, so wertete Sucharipa die Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten József Antall nach dessen Treffen mit Bundeskanzler Vranitzky in Sopron am 18. Juni 1990.⁶⁰

V. Die Positionierung der Sowjetunion

Die divergenten Haltungen osteuropäischer Staaten sind letzten Endes nicht ohne die Politik der sowjetischen Führung zu verstehen.⁶¹ Generalsekretär Gorbatschows Politik gegenüber den sowjetischen Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa sowie seine Reformanstrengungen innerhalb der Sowjetunion waren seit seinem Amtsantritt im Jahr 1985 mit dem zunächst doch vagen Begriff des „neuen Denkens“ verbunden, dem neben Perestroika und Glasnost auch das Konzept der „Freiheit der Wahl“ inne lagen.⁶² Sie formten den Wandel der Rah-

57 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 21. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/56-II.3/89.

58 Aktenvermerk, Botschafter Manfred Kiepach an BMAA, Sofia, 6. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/65-II.3/89.

59 Siehe dazu den Beitrag von Andreas Schmidt-Schweizer in diesem Band.

60 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 518.01.222/3-II.3/90.

61 Siehe dazu den Beitrag von Andreas Hilger in diesem Band. Zur sowjetischen Politik in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung siehe u. a. Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke (eds.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990* (Berlin: Metropolis, 2015); Andreas Hilger (ed.), *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90* (München: Oldenbourg, 2011); Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (eds.), *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991* (München: Oldenbourg, 2011); Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang* (Paderborn et al.: Schöningh, 1997).

62 Siehe zum neuen sowjetischen Denken, Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke (eds.), *Der Kreml und die Wende 1989. Interne Analysen der sowjetischen*

menbedingungen, die zwar nicht unmittelbar zu einer neuen Deutschlandpolitik Moskaus führten, jedoch einer solchen den Boden bereiteten. Diese Veränderungen wurden auch in einer Flexibilisierung der sowjetischen Äußerungen und Bewertungen in der Frage der deutschen Teilung sichtbar, nicht zuletzt da Gorbatschow selbst immer mehr zum Getriebenen der Entwicklung wurde. Einerseits spielte die intensive innenpolitische Reformagenda, die Gorbatschows Ressourcen gegenüber seinen außenpolitischen Aktivitäten band, andererseits die Verknennung der Zeichen der Zeit, etwa in der DDR, deren politische Führung zunehmend ihre Legitimität verlor und der auch die Kontrolle über das eigene Volk zu entgleiten drohte, eine mitunter entscheidende Rolle.⁶³

Unmittelbar nach dem Mauerfall, der die internationale Diplomatie und Politik überraschte, wurde seitens des österreichischen Außenministeriums in einer von Johann Plattner gezeichneten Sprachregelung für die österreichischen diplomatischen Vertretungen betont, dass die Sowjetunion „nach wie vor am Status quo ante festhalten und keine Änderung dieser Ordnung zulassen“ werde.⁶⁴

Gorbatschow selbst verwies zudem vermehrt darauf hin, dass angesichts seiner Politik der „Freiheit der Wahl“ letztlich die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihre Zukunft zu entscheiden hätten, stets in der Hoffnung und im Glauben an eine Reformbewegung innerhalb des Sozialismus in der DDR. Der österreichische Botschafter in Moskau, Herbert Grubmayr, berichtete am 20. November 1989 von einer Rede Außenminister Eduard Schewardnadses nach Wien, die dieser vor dem außenpolitischen Komitee des Obersten Sowjet der UdSSR hielt und in welcher er hervorhob, dass die Sowjetunion „den Kurs auf Erneuerung und Demokratisierung des Sozialismus in der DDR [unterstütze]“ und ihren „Freunden und Verbündeten Erfolg wünsche“.⁶⁵ Zudem schien man seitens der sowjetischen Führung hinsichtlich der deutschen Einheit auf Zeit zu spielen. Während des Besuchs des französischen Außenministers Roland Dumas Mitte November in Moskau, erläuterte Alexander Bondarenko, Leiter der dritten europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, diesem, dass „das Thema Deutschland in Potsdam abschließend geklärt worden sei“, was wiederum die österreichischen Diplomaten zu der Bewertung verleitete, die Gesprächspartner der dritten europäischen Abteilung im sowjetischen

Führung zum Fall der kommunistischen Regime (Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 2014), 18–26, hier insbesondere 19 und Anmerkung 27; Heike Amos/Tim Geiger (Bearb.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, ed. von Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wenker/Andreas Wirsching (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015), 11–13.

63 Hans-Dieter Heumann, *Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie* (Paderborn: Schöningh, 2012), 184; Siehe auch Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit* (München: C. H. Beck, 2012), 35.

64 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/8-II.1/89.

65 Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.02.02/26-II.3/89.

Außenministerium haben den Eindruck erweckt, als lebten sie „in einer anderen Welt“.⁶⁶

Unmittelbar nach dem Mauerfall orientierte sich die sowjetische Deutschlandpolitik zunehmend an jener des Westens, was unter anderem auch die intensivierte Besuchs- und Kontaktdiplomatie der Sowjetunion bis zum Jahresende 1989 erklärt. Das außenpolitische Vorpreschen Bundeskanzler Kohls, als dieser Ende November 1989 seine Zehn-Punkte verkündete und mit seiner Förderationsidee der Sowjetunion direkt vor den Kopf stieß, leitete eine sichtlich neue Etappe einhergehend mit einer merklichen Verschärfung der sowjetischen Position in der Deutschlandpolitik ein, wozu man sowjetischerseits feststellte: „Wenn Kohl seinen 10 Punkten noch einen 11. hinzufügte, wenn Bonn formal darauf verzichtete, die vorherigen Grenzen wieder zu erlangen, dann könnte der Kreml hypothetisch akzeptieren, über die Frage der deutschen Einheit im Rahmen der allgemeinen Entwicklung in Richtung eines gemeinsamen europäischen Hauses zu sprechen.“⁶⁷

Anfang Dezember 1989 bewertete Botschafter Grubmayr das sowjetische Verhalten dann als „Bremsung der Wiedervereinigungseuphorie“ und hielt des Weiteren in seinem Bericht fest:

„Die Sowjetunion scheint unter allen Umständen auf Zeit spielen zu wollen. Der Wink mit dem Zaunpfahl, dass seitens der BRD ‚zusätzliche politische Impulse‘ in sehr breit gefassten Wirtschaftsbereichen notwendig sein werden, zeigt, welchen ‚Preis‘ ein sowjetisches Einlenken langfristig haben könnte. Für Moskau scheint ferner [...] derzeit keine Notwendigkeit zu bestehen, selbst grünes Licht für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu geben, zumal bei den westlichen Alliierten hierüber noch keine Einigkeit zu herrschen scheint.“⁶⁸

In einem weiteren Bericht Grubmayrs, die sowjetische Haltung betreffend, kam der Botschafter zu dem Schluss, dass es Moskau offensichtlich nicht bewusst sei, „auf welchen tönernen Füßen das Regime in der DDR tatsächlich stand und steht und wie schnell der Zerfallsprozess der SED vor sich geht“. Im Außenministerium in Wien ließ man sich nur zu einem lapidaren handschriftlichen Randvermerk „nicht nur dort“ hinreißen.⁶⁹ Die politische Stabilität der DDR wurde nicht

66 Gesandter Martin Sajdik und Botschaftsrat Thomas Mayer-Harting an BMAA, Moskau, 17. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.18.11/2-II.3/89.

67 So Gennadi Gerassimow, Leiter der Hauptabteilung für Information im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und außenpolitischer Sprecher Gorbatschows beziehungsweise Schewardnadses, auf einer Pressekonferenz in Rom am 29. November 1989. Vgl. Botschafter Friedrich Frölichsthal an BMAA, Rom, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/46-II.1/89.

68 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 6. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/58.II.3/89

69 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 4. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/33-II.3/89.

nur von den Diplomaten am Wiener Ballhausplatz sondern auch international falsch eingeschätzt.

Der innenpolitische Druck, der – aufgrund seiner Positionierung in der deutschen Frage – auf Gorbatschow lastete, wird in einem Bericht des österreichischen Botschafters in Warschau, Andreas Somogyi, Anfang Dezember 1989 deutlich. Somogyi berichtete nach Wien – unter Hinweis auf eine ihm gegenüber vom polnischen Ex-Premierministers Mieczysław Rakowski gemachte Aussage – von einem bereits im Juli stattgefundenen Gespräch zwischen Gorbatschow und Mitterrand, folgendes ein: „Im Falle der deutschen Wiedervereinigung würde bei ihm, Gorbatschow, ein sowjetischer Marshall im Büro erscheinen, dem Gorbatschow sodann den Platz räumen müsste.“⁷⁰

Nach Gorbatschows erstem Zusammentreffen mit Bush Anfang Dezember 1989 auf Malta, im Rahmen dessen der sowjetische Führer ein weiteres Mal sein Konzept der Wahlfreiheit zur sichtlichen Zufriedenheit Bushs unterstrich, äußerte er sich weiterhin sehr zurückhaltend zur deutschen Frage. Dennoch zeichneten sich erste positive Signale einer sowjetischen Zustimmung zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung innerhalb europäischer Strukturen ab. Die gesamte Ambivalenz der sowjetischen Position unterstrich Schewardnadses Rede vor dem Europaparlament vom 19. Dezember 1989, in der dieser die Deutschlandfrage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Seine Absicht war es, die Gesamtentwicklung zu bremsen, nachdem sich die europäischen Regierungschefs im Europäischen Rat am 8. und 9. Dezember 1989 klar zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bekannt hatten.

Botschafter Grubmayr berichtete am 11. Jänner 1990 von seinem Gespräch mit Botschafter Bondarenko nach Wien, dass dieser festgestellt habe, dass „ein emotionaler Drang zur deutschen Wiedervereinigung den Interessen anderer Mächte untergeordnet werden müsse“ und „die Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten mit dem gesamteuropäischen Prozess synchronisiert werden müssten“, da – so Bondarenko weiter – „niemand die Deutschen unterjochen oder sie irgendeiner Sache berauben wolle, aber das deutsche Problem wie die Geschichte zeigt, nicht isoliert betrachtet und behandelt werden [könne]“.⁷¹

Ende Jänner 1990 bewertete die österreichische Botschaft in Moskau die gewandelte Haltung der Sowjetunion – die als „Konzeptlosigkeit der offiziellen Ebene“ bezeichnet wurde – wie folgt: „Sowjetischerseits scheint man erkannt zu haben, dass die ‚Zeit davonzulaufen drohe‘, die Vereinigungstendenzen in der DDR werden überhandnehmen und die SU wird dies nolens volens zur Kenntnis nehmen müssen. Dabei wird Moskau bemüht sein, so lange wie möglich die

70 Botschafter Andreas Somogyi an BMAA, Warschau, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/43-II.3/89.

71 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 11. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 713/6-II.3/90.

Eigenstaatlichkeit der DDR zu erhalten, sei es sogar im Wege einer EG-Mitgliedschaft, die offensichtlich als kleineres Übel angenommen wird.“⁷²

Die entscheidende Kurskorrektur innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgte zwischen Mitte Jänner und Mitte Februar 1990. Im Zuge des Besuchs Hans Modrows am 30. Januar in Moskau, setzte Gorbatschow den DDR-Ministerpräsidenten über die geänderte sowjetische Position zur deutschen Wiedervereinigung in Kenntnis. Bei einer am darauffolgenden Tag gehaltenen Rede an der Evangelischen Akademie in Tutzing versuchte Genscher der Sowjetunion Sicherheitsgarantien bezüglich der nicht-beabsichtigten Ausdehnung der NATO auf das Gebiet der DDR zu geben. Am 2. Februar stattete Genscher seinem US-amerikanischen Kollegen James Baker einen Blitzbesuch ab. Der österreichische Botschafter in Washington, Hoess, berichtete von diesem Treffen nach Wien:

„Zweck des Besuches sei es gewesen, der amerik[anischen] Seite die Dringlichkeit des d[eu]t[schen] Einigungsprozesses vor Augen zu führen. Das bis vor einiger Zeit noch gültige Argument, ein kontinuierlicher step by step Prozess sei aus Stabilitätsgründen nötig, sei hinfällig. Aufgrund der raschen Entwicklungen sei das Gegenteil richtig: wenn nicht rasch gehandelt werde, drohe durch den Zusammenbruch der DDR eine Destabilisierung, die es zu unterbinden gelte.“⁷³

Anschließend reiste Baker nach Moskau wo er von 9. bis 10. Februar 1990 mit Schewardnadse und Gorbatschow zusammentraf. Die Gespräche drehten sich im Wesentlichen um den Zwei-plus-Vier-Prozess und die Frage der zukünftigen Bündniszugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands. Zwar sah die Sowjetunion laut Gorbatschow die deutsche Einheit als „unabwendbar“ an, jedoch mussten sowjetische Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Die von Baker vorgeschlagenen Zwei-plus-Vier-Gespräche über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit bezeichnete Gorbatschow als „gangbar“. Baker verwies zudem auf eine Einbindung Deutschlands in die NATO „with assurances that NATO’s jurisdiction would not shift one inch eastward from its present position“. Bezüglich des Status Deutschlands stellte Gorbatschow klar, dass jedwede Ausdehnung der NATO inakzeptabel für die Sowjetunion sei.⁷⁴

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher besuchten unmittelbar nach Bakers Abreise von 10. bis 11. Februar 1990 Moskau. In den Gesprächen erklärte Gorbatschow, dass die Deutschen selbst über die Wiedervereinigung entscheiden könnten, schränkte dies jedoch unter Verweis auf einen gesamteuropäischen Kontext und den Verzicht des vereinigten Deutschlands auf

72 Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 30. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/12-II.3/90.

73 Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 8. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.02/1-II.9/90.

74 Vgl. Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to create post-Cold War Europe* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2014), 110.

eine NATO-Mitgliedschaft ein. Gorbatschow wollte wohl nicht als Reagierender sondern als Gestalter auftreten. In diesem Zusammenhang ist seine anerkennende Position für das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung auch zu verstehen.

Dieses – das Umdenken der sowjetischen Führung hervorhebende – Signal stellte jedoch noch keineswegs den endgültigen Durchbruch in der deutschen Frage dar. Dieser erfolgte erst in den Gesprächen Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 in Moskau. Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung wurde vonseiten der Sowjetunion klar hervorgehoben, eine Positionierung, die sich in die Entwicklungen seit dem Besuch Gorbatschows in Bonn von 12. bis 15. Juni 1989 einreichte, bei dem die sowjetische Seite in der sogenannten „Bonner Erklärung“ das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausdrücklich unterstützt hatte.⁷⁵ Dennoch, so Botschafter Grubmayr im Februar 1990, stellte die „Infragestellung der Resultate des Zweiten Weltkrieges für die Sowjetunion einen sehr wunden Punkt“ dar und sie betonten, dass eine „Sturm und Drang Lösung für alle Teile schlecht wäre“. Außenminister Schewardnadse erklärte zur sowjetischen Forderung nach einer Neutralisierung Deutschlands, „die Welt ändert sich mit schwindelerregender Schnelligkeit: was wird, wenn in Frankreich oder England eine Diktatur ausbricht, oder in der Sowjetunion? Auch in Polen ist dies nicht ausgeschlossen...“.⁷⁶ Die Sorgen der sowjetischen Führung kreisten jedoch auch um westdeutsche Einflussnahmen in der DDR, die – wie Botschafter Grubmayr dies umgangssprachlich darstellte – als „die Umarmung des Armutschkerls DDR durch den reicheren Vetter, der auf die östlichen ‚Schwäger‘ so ostentativ zu vergessen scheint“ charakterisiert wurden.⁷⁷

Im Außenministerium in Wien hielt Gesandter Plattner in einer Information vom 21. Februar 1990 dazu fest:

„Die Herstellung der deutschen Einheit ist zu einem der wichtigsten Themen der internationalen Politik geworden. [...] Die Haltung des Kreml ist – wohl in der Erkenntnis, daß die Entwicklung zur deutschen Einheit nicht aufgehalten werden kann – durch starke Konzessionen in dieser Frage gekennzeichnet. [...] Die ursprüngliche Forderung nach Neutralisierung Gesamtdeutschlands wurde zwar formal nicht

75 Gemeinsame Erklärung sowie Gemeinsame Mitteilung von Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl vom 13. Juni 1989 (= Dokument 38a–b), in: *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*, 165–173.

76 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 22. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/43-II.3/90. Zu den Aussagen Schewardnadses in der „Iswestija“, vgl. Rotstrichinformation Nr. 131/II der Hauptabteilung Information des MfAA vom 22. Februar 1990, Haltung der UdSSR zur deutschen Frage; mit Anlage: Interview des sowjetischen Außenministers Schewardnadse mit Iswestija vom 19. Februar 1990 (= Zusatzdokument 57A), in: *Die Einheit*, 297–299.

77 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 22. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/43-II.3/90

gänzlich fallengelassen, der Kohl-Besuch in Moskau ergibt jedoch den Eindruck, daß die SU [Sowjetunion] de facto nicht beabsichtigt, diese als *conditio sine qua non* aufrechtzuerhalten.“⁷⁸

Zwischen Februar und Juli 1990 schien sich die Position der Sowjetunion bezüglich der außenpolitischen Dimensionen einer künftigen deutschen Wiedervereinigung wenig zu verändern. Die österreichische Botschaft in Moskau stellte im März 1990 dazu fest:

„Eine gewisse Nervosität der sowjetischen Seite über die Entwicklung in Deutschland wird immer offener. Muss man einerseits eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands schon aufgrund der Rücksichtnahme auf die eigenen Militärs und die nicht zu unterschätzenden konservativen Kräfte im Land ablehnen, hat man andererseits keine realen Alternativen zu bieten, da die Idee einer Neutralisierung Deutschlands offensichtlich schon obsolet geworden ist.“⁷⁹

Einige Tage später wurde diese Einschätzung der österreichischen Diplomatie weiter konkretisiert:

„Die SU ist bemüht, die Lösung der innerd[utschen] Aspekte ‚den Deutschen selbst zu überlassen‘, um sich auf die äußeren Momente der Wiedervereinigung zu konzentrieren. Wo genau die Wasserscheide zwischen diesen beiden Bereichen verläuft, vermag in Moskau aber niemand zu definieren. Zu ersterem gehört das pauschale Akzeptieren des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen und man subsumiert hierunter im wesentlichen alle wirtschaftl[ichen] Aspekte der Vereinigung, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass man sowjetischerseits immer dann von einer innerd[utschen] Frage spricht, wenn es gilt, die zerrüttete Wirtschaft der DDR durch BRD-Hilfe wieder auf die Beine zu bringen. Grundsätzlich herrscht aber die Tendenz vor, beinahe jedem Fragenkomplex der Vereinigung einen äußeren Aspekt zu verpassen, womit die Möglichkeit des ‚Einwirkens‘ unter allen Umständen aufrecht bleibt.“⁸⁰

Die außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit sollten sodann in den folgenden Monaten im Rahmen des auf der Konferenz von NATO und WP-Staaten in Ottawa vereinbarten Zwei-plus-Vier-Prozesses einer Lösung zugeführt werden.⁸¹

78 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 21. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/35-II.1/90.

79 Information, Österreichische Botschaft Moskau an BMAA, Moskau, 7. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.03/1-II.3/90.

80 Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 13. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/71-II.3/90.

81 Vom 12.–14. Februar 1990 fand in Ottawa die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE statt, am Rande derer am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die „2+4“-Formel (BRD, DDR; Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA) für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt wurde. Vgl. Botschafter Kurt Herndl an BMAA, Ottawa, 14. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/30-II.1/90.

Erst das Zusammentreffen Gorbatschow-Kohl am 15. und 16. Juli 1990 in Moskau beziehungsweise Archys ebnete der deutschen Wiedervereinigung endgültig den Weg.⁸² Die außenpolitischen Aspekte der deutschen Frage blieben bis zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 weitestgehend in Verhandlung, wie die Ostabteilung des Wiener Außenamtes in einem von ihrem Leiter Gesandten Ernst Sucharipa gezeichneten Amtsvermerk festhielt:

„Der Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands, dem Verzicht auf die lange angestrebte Neutralität Deutschlands und dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der bisherigen DDR stehen gegenüber, dass keine NATO-Manöver in der bisherigen DDR (und somit kein Näherrücken der NATO an die Sowjetunion) stattfinden werden und eine Truppenbegrenzung für Deutschland sowie ein völkerrechtlich wirksamer Verzicht auf ABC-Waffen durchgesetzt werden konnte. [...] Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Sowjetunion für aus ihrer Sicht verhältnismäßig geringe (weil mittelfristig praktisch unvermeidliche) Konzessionen eine hohe Abgeltung erhält und gleichzeitig ihre Position in Europa stärkt. Die Aufgabe der DDR allein bringt bedeutend mehr Wirtschaftshilfe und politischen Good-Will ein als die Entlassung aller anderen früheren Satellitenstaaten aus der sowjetischen Hegemonie zusammen.“⁸³

VI. Schlussbetrachtung

Die Einschätzungen der österreichischen Diplomaten zur Haltung der internationalen Staatengemeinschaft in Bezug auf die im Verlauf des Jahres 1989/90 immer dominanter werdende deutsche Frage ordnen sich in die Berichterstattungen der internationalen Diplomatie ein. Die Analysen des Wiener Ballhausplatzes stellen in diesem Zusammenhang keine Ausnahme dar. Die Aktualität der Frage überraschte die österreichischen Diplomaten genauso wie die Weltpolitik. Jedoch stellte auch der Wahrnehmungskomplex des Ballhausplatzes keinen monolithischen Block dar. Vereinzelt erkannten österreichische Diplomaten den tieferen Sinn, die machtpolitischen Beweggründe oder akut gewordene Notwendigkeiten, die hinter den internationalen Entwicklungen zu stecken schienen, wie am Beispiel Thomas Nowotnys deutlich wird. Intensive Diskussionen entwickelten sich nicht nur auf internationaler diplomatischer Ebene, sondern auch zwischen den beteiligten Abteilungen des österreichischen Außenamtes, wie der für Osteuropa (II.3) und jener für die Belange von Grundsatzfragen und des Europarats (II.6) zuständigen Abteilung.

82 Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 18. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 22.18.03/2-II.3/90.

83 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. September 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/266-II.3/90

Im Allgemeinen wurden die internationalen Geschehnisse mit Vorsicht, aber überwiegend positiv beurteilt.⁸⁴ Nicht zuletzt spielten unmittelbare österreichische Interessen, wie Wirtschaftsbeziehungen – etwa zur DDR –, an denen auch tausende österreichische Arbeitsplätze hingen, eine nicht zu vernachlässigende Rolle für die Einschätzungen der österreichischen Diplomatie.⁸⁵

Zudem war im Laufe der 1980er-Jahre in Österreich ein etwaiger Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ein zentrales innen- wie außenpolitisches Anliegen geworden, das unter keinen Umständen in Gefahr gebracht werden sollte.

Enge Beziehungen zu beiden deutschen Staaten kennzeichneten die österreichische Haltung gegenüber der deutschen Frage bis spät in den Herbst 1989. Noch zwei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer besuchte der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky – als erster westlicher Regierungschef – am 24. November Hans Modrow in Berlin, um weitere Wirtschaftsvereinbarungen zwischen Österreich und der DDR zu unterzeichnen. Mit seiner Aufwartung in Berlin trug Vranitzky jedenfalls erheblich zur Anerkennung des neuen DDR-Regimes unter der Führung Modrows bei. Keine Frage, dass Österreich die deutsche Wiedervereinigung spätestens ab dem Zeitpunkt unmissverständlich unterstützte, als die internationalen Entwicklungen bereits klar in diese Richtung verliefen. Immerhin spielten neben den guten Kontakten zur DDR auf wirtschaftlicher Ebene auch die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik eine entscheidende Rolle, da man sich auch der westdeutschen Unterstützung auf europäischer Ebene für einen Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften bewusst war. Michael Gehler ist zuzustimmen, dass Bundeskanzler Vranitzky ab Februar/März 1990 nach Modrows Abwahl eine „Politik der Anpassung an die geänderten Verhältnisse“ verfolgte und sich positiv gegenüber der deutschen Wiedervereinigung zeigte.⁸⁶ Dieser Einstellungswandel wird auch

84 Siehe dazu auch den Beitrag von Michael Gehler in diesem Band. Zur österreichischen Sichtweise, vgl. Michael Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse: Österreich und die Vereinigung Bundesrepublik Deutschland – DDR 1989/90, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (eds.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart* (Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag, 2007), 493–530. Zur öffentlichen Wahrnehmung der Wiedervereinigung siehe Michael Wolffsohn, Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Das Ausland und die vollendeten Tatsachen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (eds.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft* (Bonn/Berlin: Bouvier, 1992), 142–162.

85 Siehe dazu auch den Beitrag von Maximilian Graf in diesem Band. Zu den Wirtschaftsbeziehungen Österreich-DDR in den späten 1980er-Jahren, vgl. Maximilian Graf, *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung* (Wien: ÖAW Verlag, 2016), 530–569.

86 Vgl. Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/1990, 449. Siehe dazu auch Andrea Brait, „Österreich hat weder gegen die deutsche Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie besonders begrüßt“. Österreichische Reaktionen auf die Bemühungen um die deutsche Einheit, in: *Deutschland Archiv*, 23.9.2014.

in der Berichterstattung der österreichischen Botschaften zu diesem Zeitpunkt deutlich.

Die österreichischen Diplomaten gaben die Positionen der europäischen und außereuropäischen Staaten sachlich und informativ an Wien weiter. In ihren Wertungen schätzten sie die politische Lage zumeist recht korrekt und umfassend ein und brachten einige politische Sachlagen durchaus pointiert auf den Punkt. Insbesondere die politischen Einschätzungen des österreichischen Botschafters in Moskau, Herbert Grubmayr, und seines Gesandten Martin Sajdik waren immer wieder prägnant formuliert und mit pointierten Analysen verbunden und gaben die Haltungen einiger sowjetischer Politiker äußerst kritisch wieder.

Dass die deutsche Einheit noch im laufenden Jahr vollzogen werden sollte, war dem österreichischen Außenministerium im Juli 1990 durchaus bewusst. „Die Reaktionen auf die deutsch-sowjetische Einigung sind weltweit einhellig positiv [...]. Es kann nun damit gerechnet werden, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch vor Jahresende Wirklichkeit wird“, so formuliert es Gesandter Johann Plattner in seinen Informationen zum Stand der deutschen Einheit Mitte Juli 1990 für den österreichischen Außenminister Alois Mock.⁸⁷ Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war schneller gekommen, als die Diplomaten am Wiener Ballhausplatz es voraussagten und für möglich gehalten hatten. Damit waren sie jedoch nicht allein. Den Großteil der internationalen Staatengemeinschaft überraschte die Geschwindigkeit dieser Entwicklung, die im Oktober 1990 zum friedlichen Vollzug der deutschen Einheit führte.

87 Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 18. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/173-II.1/90.